

Gastkommentar

Wann wird ein Staat zum Selbstzweck?

Vor zwei Jahren verständigten sich Mitglieder der G20 und OECD auf eine globale Steuerreform, die ein neues Verständnis über die Zuteilung von Besteuerungsrechten beinhaltet und in einem ersten Schritt eine globale Mindeststeuer für grosse, international tätige Unternehmen fordert. Der Mindeststeuersatz wurde auf 15 Prozent festgelegt. Er gelangt erstmals mit Beginn des kommenden Jahres zur Anwendung.

Doch bereits werden Forderungen nach einer Erhöhung desselben laut. Eine Analyse des EU Tax Observatory hat ergeben, dass ein Mindeststeuersatz von 15 Prozent unzureichend greifen und sich eine Erhöhung um 10 Prozent zudem positiv auf Steuereinnahmen auswirken würde – sie liessen sich fast verdreifachen. Der EU Tax Observatory ist ein Thinktank, angesiedelt an der Paris School of Economics, der zu einem Grossteil von der EU finanziert wird. Sein Zweck liegt darin, die globale Besteuerung zu beobachten und zu analysieren und Ansätze abzuleiten, mit denen sich staatliche Steuereinnahmen erhöhen lassen und ein Steuerwettbewerb eindämmen lässt. Damit soll die globale Ungleichheit ausgeglichen werden.

Geleitet wird der EU Tax Observatory von Gabriel Zucman, einem französischen Ökonomen, forschend auf dem Gebiet der Ungleichheit, der sich dem politischen Linksspektrum zuordnen lässt. Er machte vor rund drei Jahren auf sich aufmerksam, als er mit den Professoren Stiglitz und Piketty die Vision eines globalen Vermögensregisters (Global Asset Registry) vorstellte. Demnach soll in absehbarer Zukunft alles Vermögen eines jeden Bürgers dieser Welt Eingang in ein zentral einsehbares Register finden mit dem Ziel, eine umfassende Transparenz über sämtliche verfügbaren Vermögenswerte zu erreichen, eine Diskussion über den gewünschten Grad von Ungleichheit zu erleichtern und eine angemessene Besteuerung zu fördern.

«Steuereinnahmen sollten dazu dienen, die für einen funktionierenden Staat notwendigen Ausgaben zu decken»

Prinz Michael von und zu Liechtenstein
Executive Chairman von
Industrie- und Finanzkontor Etablissement

Berücksichtigt man diese Ausgangslage, ist die aktuelle Forderung des Thinktanks, den globalen Mindeststeuersatz weiter anzuheben, der Frage gegenüberzustellen, worin die eigentliche Funktion von Steuereinnahmen liegt? Grundsätzlich sollten Steuereinnahmen helfen, die für einen funktionierenden Staat notwendigen Ausgaben zu decken. Also jene Verpflichtungen, die es für eine funktionierende Gemeinschaft zwingend braucht, wie etwa Investitionen in die äussere Sicherheit, ein funktionierendes Rechtssystem oder das Bildungswesen. Nicht aber sollte es darum gehen, Steuereinnahmen grundsätzlich zu maximieren, damit Bürgergelder in weiterer Folge nach Gutdünken einer Regierung umverteilt werden können. Zur Berechnung von notwendigen Steuereinnahmen dient das Staatsbudget, dessen Einhaltung ein Parlament bei der alljährlichen Rechenschaftspflicht überprüft und hinterfragt.

Eine Mindeststeuer läuft dem zuwider. Sie untergräbt die eigentliche Funktion von Steuereinnahmen und hebt jenen Steuerwettbewerb aus, der für eine langfristig stabile Budgetdisziplin notwendig ist. Eine Harmonisierung im

Steuerbereich führt über kurz oder lang dazu, dass Steuersätze auf ein höchstmögliches Niveau angehoben werden. Wo kein (Steuer-)Wettbewerb ist, besteht für Staaten kein Grund mehr, auf Leistungsfähigkeit und Standortattraktivität bedacht zu sein. Dadurch sieht sich ein Staat immer weniger als öffentlicher Dienstleister zugunsten der Bürger und entwickelt sich vielmehr zu einem Selbstzweck.

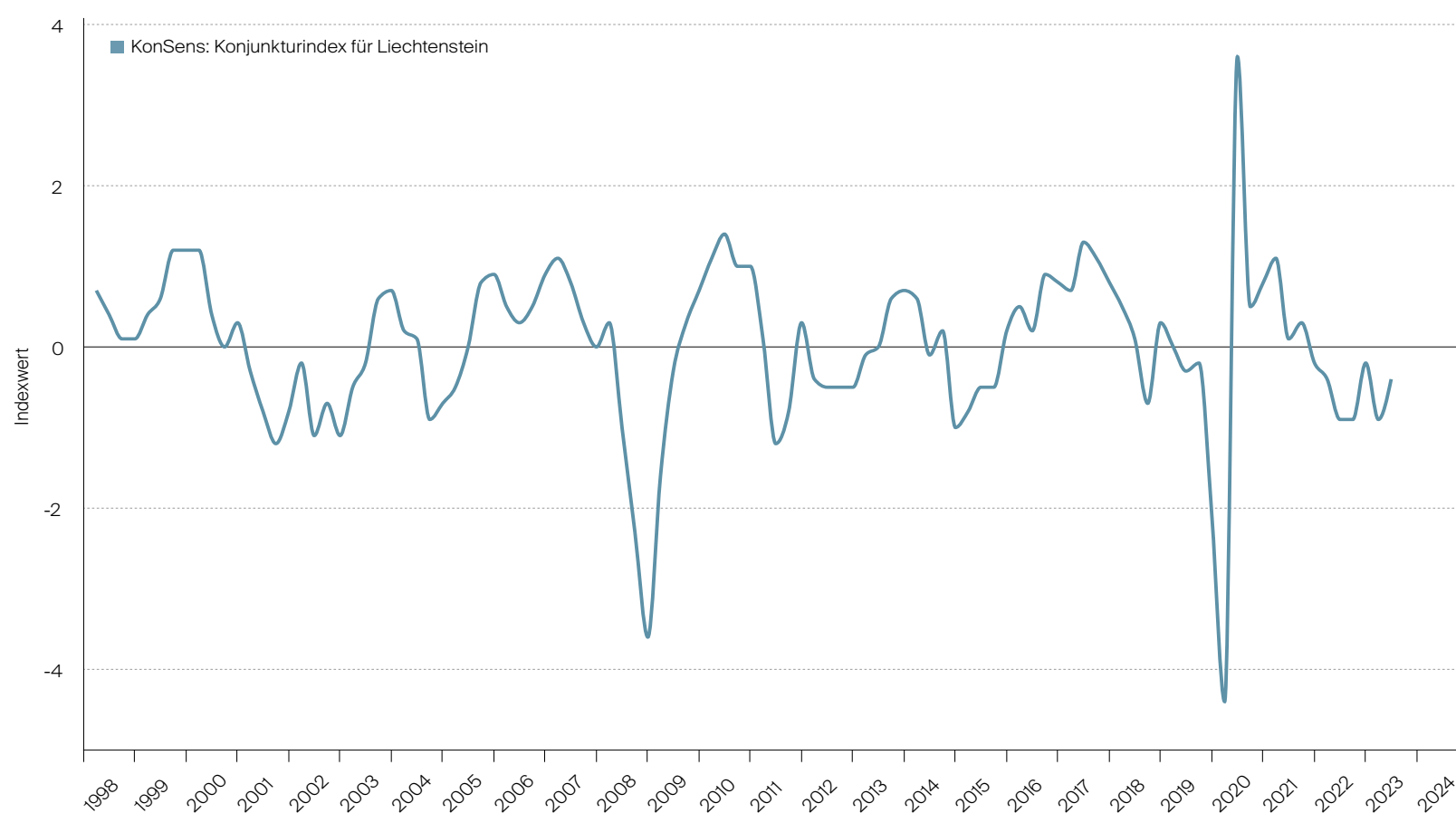
Heute wird eine Erhöhung des Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent gefordert, morgen eine Senkung der Berechnungsgrundlage und Weiteres wird folgen. In einem Interview mit der deutschen «nd aktuell» im April 2022 sprach Zucman sich bereits dazu aus, dass eine Mindeststeuer von 15 Prozent ein vorläufiger, moderater Schritt in Richtung globale Kooperation sei. Das in den 50er-Jahren vorherrschende US-Steuersystem mit einem Einkommensspitzensteuersatz von rund 93 Prozent bezeichnete er als progressiv.

Liechtenstein muss dem gegenwärtigen Trend folgen und die Mindeststeuer anwenden. Das ganze Unterfangen ist kostspielig. In der Umsetzung besteht für die Behörden aber die Möglichkeit, mit Augenmass und Verhältnismässigkeit zu agieren, bei gleichzeitiger Einhaltung der europäischen Bestimmungen. Eine Eigenschaft, die Liechtenstein auszeichnet. Liechtenstein hat auch den grossen Vorteil, dass eine Budgetdisziplin gegeben ist.



Prinz Michael von und zu Liechtenstein

Konjunkturindex: Konjunkturabkühlung schwächte sich ab im 3. Quartal



Quelle: Liechtenstein-Institut Grafik: Stefan Aebi

In den für Liechtenstein wichtigen Absatzmärkten scheint der Talboden des gegenwärtigen Wirtschaftsabschwungs bald erreicht zu sein. Während in Deutschland und Österreich noch negative BIP-Wachstumsraten für das 3. und 4. Quartal erwartet werden, bevor für 2024 wieder ein schwaches Wachstum prognostiziert ist, verzeichnet die Schweizer Wirt-

schaft bereits wieder ein schwach positives BIP-Wachstum. Obwohl sich also ein zarter internationaler Aufschwung abzeichnet, bleibt der Ausblick verhalten.

Auch die schon länger andauernde Konjunkturabkühlung Liechtensteins hat sich etwas abgeschwächt. Der Wert des Konjunkturindex KonSens, der 16 verfügbare Einzel-

indikatoren für Liechtenstein zusammenfasst, stieg um rund 0,6 Indexpunkte auf -0,4 im 3. Quartal 2023 und auch die Exportzahlen für Oktober fielen wieder besser aus. Der KonSens ist mittlerweile seit sieben Quartalen im negativen Bereich, was ein im historischen Vergleich unterdurchschnittliches Quartalswachstum signalisiert.



Martin Geiger
Ökonom am Liechtenstein-Institut

Gastkommentar

Produktivitätsschwäche

Eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennzahlen ist die Produktivität: die Leistung pro Zeiteinheit. Wie viel Güter und Dienstleistungen wir pro Stunde produzieren, ist massgebend dafür, wie hoch unser Wohlstand ist. Eine produktivere Wirtschaft generiert mehr Einkommen, erleichtert den Auf- und Ausbau des Sozialsystems und ermöglicht es uns, mehr Zeit für andere Dinge im Leben aufzuwenden, sei es für Hobbys, Familie, Freunde oder für die Gesellschaft. Da höhere Produktivität oft mit Innovationen verbunden ist, steigert sie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den globalen Märkten. Gelingt uns eine produktivere Nutzung der natürlichen Ressourcen, trägt dies zur Nachhaltigkeit bei und reduziert die negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Die zweite direkte Quelle für wirtschaftliches Wachstum sind die geleisteten Arbeitsstunden. Der Anstieg von Arbeitsstunden in einer Volkswirtschaft ist dabei in aller Regel auf einen Anstieg der Anzahl der Beschäftigten zurückzuführen und nicht darauf, dass die einzelnen Beschäftigten länger arbeiten. Bei einem rein beschäftigungsinduzierten Wachstum erhöht sich zwar das Gesamteinkommen, aber nicht das Einkommen pro Beschäftigten.

Aus welchen Quellen entspringt das Wirtschaftswachstum in Liechtenstein? Die liechtensteinische Wirtschaft ist in den letzten Jahren nur dank einem Ausbau der Beschäftigung gewachsen. Von 2010 bis 2022 hat die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten um 20 Prozent zugenommen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist aber nur um rund 10 Prozent angestiegen. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Produktivität in dieser Zeitspanne gesunken ist. Im Jahr 2010 betrug die Produktivität - das BIP pro Beschäftigten - 193 000 Franken, 2022 dürfte sie noch bei rund 178 000 Franken gelegen haben. Denn trotz prognostiziertem Rückgang des BIP im Jahr 2022 nahm die Beschäftigung um weitere 2,8 Prozent zu. Aus den statistischen Daten lassen sich folgende Schlüsse ziehen. Erstens: Das Wirtschaftswachstum in Liechtenstein ist vor allem dem Anstieg der Arbeitskräfte aus dem Ausland zu verdanken. Über 87 Prozent des Beschäftigungszuwachses (in Vollzeitäquivalenten) wurde nämlich seit 2010 durch Zupendelnde abgedeckt. Zweitens: Ausschlaggebend für das abgeschwächte Wachstum der liechtensteinischen Volkswirtschaft ist der Rückgang der Produktivität. Drittens: Angesichts des demografisch bedingten Schrumpfens des Arbeitskräftepotenzials ist eine künftige Steigerung der Produktivität notwendiger denn je. Ohne eine Wende bei der Produktivitätsentwicklung stagnieren zudem die Spielräume für Lohnerhöhungen, für Arbeitszeitverkürzungen und für die Transformation zur Klimaneutralität.

Wie konnte es zu diesem Rückgang in der Produktivität kommen? Die Antwort wird die Ökonomen noch länger beschäftigen. Mögliche Erklärungen sind unter anderem die Verlagerung der Güterproduktion ins Ausland, strukturelle Verschiebungen in unterdurchschnittlich produktiven Branchen und der gestiegene Margendruck im Finanzsektor.



Peter Eisenhut
Ökonom und
Präsident der
Stiftung Zukunft.li